



CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

An die Mitglieder des  
CDU-Landesverbandes Mecklenburg-Vorpommern

## Bericht des Landesgruppenvorsitzenden

Ausgabe: 20. WP/22-16  
Anlass: Fraktionssitzung am 8. November 2022

**Landesgruppe  
Mecklenburg-Vorpommern**

Landesgruppenvorsitzender  
**Philipp Amthor MdB**

Platz der Republik 1  
11011 Berlin

T 030 227 77692  
F 030 227 76692

philipp.amthor@bundestag.de  
www.cducusu.de

Liebe Parteifreunde, meine sehr geehrten Damen und Herren,

vom unsäglichen „**Bürgergeld**“ bis zum laxen **Umgang mit radikalisierten Klimachaoten und Straßenblockieren**: Die Ampel setzt ihren Schlingerkurs für Deutschland auch in dieser Sitzungswoche des Deutschen Bundestages fort. Erläuterungen zu den Schwerpunkten finden sich in der neuesten Ausgabe des „Berichts des Landesgruppenvorsitzenden“ sowie auch im „Blitz-Briefing des Fraktionsvorsitzenden“.

Zudem noch eine Leseempfehlung für unsere **Kommunalpolitiker**: Neben der neuen Ausgabe von „Kommunal relevant“ empfehle ich auch eine Übersicht der kommunal-relevanten Ergebnisse des letzten Bund-Länder-Gipfels.

Zum Schwerpunkt der **Gesundheitspolitik** darf ich zudem auf Rundschreiben zur Finanzierung des Gesundheitswesens („GKV- Finanzstabilisierungsgesetz“) sowie auf eine Beitragszusammenstellung von Simone Borchardt verweisen, die sich darin unter anderem mit der Cannabislegalisierung und mit der Lage der Hebammen sowie ferner auch mit dem Marinearsenal Rostock beschäftigt.

Mit herzlichen Grüßen aus dem Deutschen Bundestag

Philipp Amthor MdB  
Vorsitzender der CDU-Landesgruppe Mecklenburg-Vorpommern

### Anlage:

- Blitz-Briefing: Schwerpunkte dieser Sitzungswoche (PDF, 4 Seiten)
- Neuausgabe von „Kommunal relevant“ (PDF, 16 Seiten)
- Analyse der letzten Bund-Länder-Beratungen (PDF, 3 Seiten)
- Rundschreiben zur Finanzierung des Gesundheitswesens (PDF, 13 Seiten)
- Beiträge von Simone Borchardt MdB (PDF, 5 Seiten)



---

## Teil 1: Kernbotschaften der Woche

---

### **Straßenblockierer und Museumsrandalierer härter bestrafen**

Was als friedliche Demonstration für das wichtige Anliegen des Klimaschutzes begann, hat sich in den vergangenen Wochen und Monaten in Teilen zu einem radikalen und aggressiven Protest gewandelt. Dieser Protest nutzt in Form von Straßenblockaden kriminelle Mittel und gefährdet dabei auch Leib und Leben von Menschen. Rettungskräfte werden bei der Bergung von Verletzten behindert. Bei diesem Protest handelt es sich nicht um politischen Aktivismus, sondern um Straftaten. Wir müssen dieser Radikalisierung entschieden Einhalt gebieten. Es bedarf einer klaren Antwort des Rechtsstaats, denn Straftaten sind keine Form demokratischer Meinungsäußerung. In unserem Leitantrag der Woche fordern wir deshalb: Der Rechtsstaat muss hart und entschlossen reagieren. Zum Schutz der Bürger und auch unserer Kulturgüter brauchen wir schärfere Strafen für Straßenblockierer und Museumsrandalierer.

### **Deutschlands strategische Souveränität stärken: Neue China-Strategie**

Im Rahmen einer „Aktuellen Stunde“ befassen wir uns mit den Eckpfeilern der deutschen China-Politik. Konkreten Anlass dafür bietet die viel kritisierte Reisepolitik des Kanzleramts: Der Bundeskanzler hat mit seiner Stippvisite in Peking Schaden angerichtet. Europäische und transatlantische Partner sind verwundert, Xi Jinping wurde in Szene gesetzt, Deutschland steht als Bittsteller da. Der Zeitenwende des Bundeskanzlers fehlt der strategische Weitblick nach Asien: China wird in kommenden Jahrzehnten politischer und ökonomischer Wettbewerber sein. Deutsche Interessen schützt man nicht durch Verkäufe kritischer Infrastruktur wie am Hamburger Hafen. Die Bundesregierung muss eine China-Strategie vorlegen, die Realismus an die Stelle von Naivität setzt.

### **„Bürgergeld“: Sozialpolitischen Systemwechsel verhindern**

Das SGB II regelt die Hilfe für Arbeitslose in der Grundsicherung. Mit der Einführung des „Bürgergeldes“ plant die Ampelkoalition eine umfassende Reform. Dabei sollen die Regelsätze über die Inflationsanpassung hinaus angehoben werden, zudem werden u.a. eine sechsmonatige sanktionsfreie Karenzzeit eingeführt und das anrechnungsfreie Schonvermögen erhöht. Mit dem Bürgergeld-Gesetz geht die Ampel-Regierung einen nächsten Schritt hin zur schleichenden Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens. Wir finden: Das Bürgergeldgesetz steht für ein Verwalten, nicht für ein Aktivieren. Es setzt die falschen Schwerpunkte. Das Prinzip des Förderns und Forderns hat sich aus unserer Sicht hingegen bewährt, weil nur mit der Aufnahme einer



dauerhaften Erwerbstätigkeit eine Hilfebedürftigkeit nachhaltig beendet werden kann. Die mahnenden Stimmen beispielsweise des Landkreistags, des Handwerks, des Städtetages, der Bundesagentur für Arbeit und nicht zuletzt des Bundesrechnungshofes müssen von der Ampel-Regierung ernst genommen werden. Wir bleiben deshalb dabei: Die Abschaffung von Sanktionen und die Einführung hoher Schonvermögen wird es mit uns nicht geben. Gleichwohl: Angesichts der Inflationsentwicklung müssen die Regelsätze zum 1. Januar 2023 angehoben werden. Deshalb bringen wir in dieser Sitzungswoche auch einen Antrag ein, der das Inkrafttreten der Erhöhung zum 1. Januar 2023 gewährleisten soll. Allerdings ist bislang nicht ersichtlich, dass die Ampel auf unser Angebot eingehen will. Unsere Kritik an allen weiteren Elementen des Bürgergeld-Gesetzes bleibt erhalten: Die Aussetzung der Sanktionen und die hohen Schonvermögen sind ein sozialpolitischer Systemwechsel.

## **Teil 2: Die Woche im Parlament**

---

### **– Initiativen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion –**

#### **Kein Verbot des klimaneutralen Verbrennungsmotors**

Nach dem EU-Beschluss zum Verbot des Verbrennungsmotors ab 2035 gab es einen veritablen Koalitionskrach in der Ampel. Aber auch mehrere Wochen danach gibt es weiterhin mehr offene Fragen als Antworten. So gibt es nach wie vor keine belastbaren Prognosen, welche Mengen synthetischer Kraftstoffe im Jahr 2035 zu welchem Preis zur Verfügung stehen werden. Ferner ist derzeit nicht nachvollziehbar, wie die Europäische Kommission ihren "Prüfauftrag" umsetzen wird, der lediglich in den Erwägungsgründen des Rechtsaktes zum Verbrennerverbot fixiert ist. Der Antrag greift dies auf und konkretisiert in zehn Forderungen unser klares Anliegen: Technologieoffenheit und Förderung der Umstellung von fossilen Kraftstoffen hin zu nachhaltigen Kraftstoffen.

#### **Endometriose verstehen, behandeln, erforschen, begleiten**

Erst in den vergangenen Jahren wurde deutlich, welches Ausmaß und welche Bedeutung die Krankheit Endometriose für das Leben von bis zu 15% aller Frauen in Deutschland hat. Auf Druck der Unionsfraktion hat die Koalition nunmehr 5 Mio. Euro jährlich im Haushaltsplan des Bundesministeriums für Bildung und Forschung für Forschung in diesem Bereich vorgesehen. Damit ist es jedoch nicht getan. Es braucht mehr Aufklärung, eine bessere Unterstützung vorhandener Behandlungsstrukturen und klare Abrechnungsmöglichkeiten für Fachärzte und Allgemeinmediziner. Dies fordert unser Antrag.



## **Änderung des Europawahlgesetzes (Wahlalter, Sperrklausel)**

In dieser Woche befassen wir uns in abschließender zweiter und dritter Beratung mit zwei konkurrierenden Entwürfen – von der Ampelkoalition und von uns – für ein „Sechstes Gesetz zur Änderung des Europawahlgesetzes“. Der Gesetzesentwurf der Ampel soll das aktive Wahlalter für Wahlen zum Europäischen Parlament von 18 auf 16 Jahre absenken. Diesen Vorschlag lehnen wir ab. Denn es gilt: Rechte und Pflichten gehören zusammen. Es wäre ein Widerspruch, wenn sich junge Menschen erst mit 18 Jahren rechtlich verpflichten (z.B. verschulden) dürfen und erst ab diesem Zeitpunkt strafrechtlich voll zur Verantwortung gezogen werden können, zugleich aber unmittelbaren Einfluss auf die europäische Gesetzgebung nehmen können. Wir wissen dabei die eindeutige Mehrheit in der Bevölkerung hinter uns: Laut einer Allensbach-Umfrage von November 2021 sprachen sich 71 Prozent für die Beibehaltung des Wahlalters ab 18 aus; nur 19 Prozent präferierten ein Wahlalter ab 16. Unser Gegenentwurf sieht hingegen die Einführung einer 2%-Sperrklausel bei Europawahlen vor. So können wir die Handlungsfähigkeit des Europäischen Parlaments zukünftig besser sicherstellen.

## **Mehr Tempo bei digitaler Verwaltung (Onlinezugangsgesetz)**

Die Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes – mit dem wichtige Verwaltungsdienstleistungen endlich digitalisiert werden – liegt hinter dem Zeitplan und braucht dringend einen Turbo. Mit unserem Antrag fordern wir deshalb: „Mehr Tempo bei digitaler Verwaltung – Onlinezugangsgesetz (OZG) fortführen, Nutzungslücken schließen, Rechtsanspruch einführen“. Die Bundesregierung soll zeitnah eine gesetzliche Nachfolgeregelung vorlegen, die die Fortsetzung des auslaufenden OZG sichert. Sie soll einen rechtlichen, zeitlichen und finanziellen Rahmen für ein OZG 2.0 definieren. Nur so erhalten die Länder und Kommunen Planungssicherheit. Darüber hinaus sollte die Bundesregierung schnellstmöglich zusammen mit den Ländern ein Finanzierungskonzept für die Folgefinanzierung des OZG-Prozesses vorlegen. Schließlich fordern wir einen Rechtsanspruch der Bürgerinnen und Bürger ab dem 1. Januar 2025 auf die im OZG definierten Verwaltungsleistungen des Bundes.

## **Reaktion auf den russischen Angriffskrieg – Sondertribunal einrichten**

Ein Angriffskrieg ist ein völkerrechtswidriges Verbrechen, das den russischen Machthabern richtigerweise zur Last gelegt wird. Allerdings hat der relevante Internationale Strafgerichtshof (IStGH) nur eingeschränkte Kompetenzen, um dieses Verbrechen zu ahnden. Wir fordern deshalb die Einrichtung eines internationalen Sondertribunals, damit die aktuellen russischen Verbrechen der Aggression untersucht und strafrechtlich verfolgt werden können.



## **Schweinehaltern durch die Krise helfen**

Viele Schweinehalter in Deutschland erleben aufgrund der Corona-Pandemie, aufgrund von Exporteinschränkungen durch die Afrikanischen Schweinepest (ASP) und aufgrund steigender Energie- und Produktionskosten sowie in der Folge von Verschärfungen im nationalen Tierschutzrecht bislang unbekanntes Marktverwerfungen. Viele Schweinehalter in Deutschland müssen aufgeben. Die Bundesregierung wird daher aufgefordert, die Schweinehalter finanziell im Rahmen der kurzfristigen Krisenhilfe zu unterstützen. Zusätzlich sollen notwendige Stallumbauten gefördert und eine Herkunftskennzeichnung für Fleisch und Wurst aus Deutschland eingeführt werden. Kantinen und Verpflegungseinrichtungen werden zudem ermutigt, Fleisch und Wurstwaren vorrangig aus Deutschland zu beziehen.

## **Atomgesetz: Laufzeitverlängerung bis Ende 2024**

Seit Monaten fährt die Ampel einen Schlingerkurs bei der Frage der Laufzeitverlängerungen für die drei verbleibenden deutschen Kernkraftwerke. Bereits vor mehreren Wochen haben wir einen Entwurf vorgelegt, mit dem die befristete Laufzeitverlängerung der Kernkraftwerke Isar 2, Neckarwestheim 2 und Emsland bis zum 31. Dezember 2024 auf den Weg gebracht werden kann. Die Ampelfraktionen haben unseren Entwurf für ein „Neunzehntes Gesetz zur Änderung des Atomgesetzes“ zunächst ausgebremst und nach dem „Machtwort“ von Bundeskanzler Scholz nun einen eigenen Entwurf vorlegt, der nur einen bis zum 15. April 2023 befristeten Weiterbetrieb der Kernkraftwerke vorsieht. Diesen unzureichenden Entwurf der Ampel lehnen wir ab – zumal auch die „Wirtschaftsweisen“ davon ausgehen, dass die Energiekrise noch bis mindestens 2024 andauern wird. Der Weiterbetrieb bis Mitte April 2023 wird nicht zu den Preisdämpfungseffekten führen, wie es bei einer Verlängerung bis Ende 2024 der Fall wäre. Somit werden die positiven Effekte eines erhöhten Stromangebots nicht genutzt. Die Bundesregierung untersagt ferner den Einsatz neuer Brennelemente und erklärt damit die Energiekrise im Strombereich ab dem 16. April 2023 für beendet. Das ist kurzsichtige Politik, die nicht aufgehen wird. Der von uns vorgelegte Gesetzentwurf trägt den aktuellen Herausforderungen eindeutig besser Rechnung.

## **Migration: Verfahren zur Einstufung sicherer Herkunftsstaaten**

Mit einem eigenen Antrag fordern wir die Bundesregierung auf, im Asylrecht für die Zukunft ein regelmäßiges und geordnetes Verfahren zur Einstufung sicherer Herkunftsstaaten einzuführen. Parallel zu unserem Antrag diskutieren wir in erster Lesung den Entwurf der Ampel für ein „Gesetz zur Beschleunigung der Asylgerichtsverfahren und Asylverfahren“.



## **Technologieagenda „Neue Energien“**

Wir sehen die Kurzatmigkeit des Krisenmanagements in der Bundesregierung mit großer Sorge. Bei vielen Maßnahmen der Bundesregierung fehlt eine klare, auf den Erkenntnissen von Wissenschaft und Forschung basierende Strategie. Die Wissenschaftsgemeinschaft hat viele Lösungsansätze zu bieten und forscht intensiv an einer erfolgsversprechenden Energietransformation. Mit unserem Antrag stellen wir klar: Die Wissenschafts- und Forschungslandschaft ist nicht nur der bestmögliche Ratgeber einer jeden Bundesregierung, sie ist auch gerade in Krisenzeiten die treibende Kraft zur dringend benötigten Erweiterung des politischen Handlungsspielraumes. Hierfür braucht es Technologieoffenheit und Innovationslust, aber auch eine starke Stimme in der Bundesregierung.

## **Sahel-Zone als Schlüsselregion: Mali-Einsatz zum Erfolg führen**

Die Bundesregierung schafft es nicht, die politischen Rahmenbedingungen für den aktuell gefährlichsten deutschen Auslandseinsatz klar und verständlich zu definieren. Das lässt nicht nur die Effektivität dieses eigentlich wichtigen Einsatzes verpuffen, sondern durch ihre unklare Kommunikation gegenüber der Regierung in Bamako gefährdet die Bundesregierung auch die eingesetzten Soldatinnen und Soldaten und schafft Freiraum für Akteure wie Russland. Mit unserem Antrag fordern wir deshalb ein Konzept für die Sahel-Zone, eine Führungsrolle Deutschlands in der Afrikapolitik der EU, eine strategische Betrachtung der Herausforderungen durch Russland und eine Evaluierung des Einsatzes.

## **– Regierungsiniciativen und Plenargeschehen im Übrigen –**

### **ERP-Wirtschaftsplangesetz 2023 (Regierungsentwurf)**

Die Ampelkoalition beginnt endlich mit der Umsetzung des bereits lange versprochenen Pakets zur Dämpfung der Energiepreise. Mit dem „Erdgas-Wärme-Soforthilfegesetz“, das wir unter dem Tagesordnungspunkt „ERP-Wirtschaftsplangesetz 2023“ beraten, soll die Soforthilfe in Form der Abschlagszahlung für Dezember geregelt werden. Für Bezieher von leitungsgebundenem Erdgas und Wärme heißt das zunächst, dass im Dezember die Pflicht entfällt, vertraglich vereinbarte Voraus- oder Abschlagszahlungen zu leisten. Der Bund erstattet Energielieferanten und Wärmeversorgern die ausbleibenden Zahlungen und finanziert diese einmalige Entlastung. Die Bundesregierung will so eine finanzielle Brücke bauen bis zur regulären Einführung der Gaspreisbremse, die für Anfang kommenden Jahres geplant ist.



### **Gesetz zur Erhöhung des Wohngeldes** (Regierungsentwurf)

In abschließender zweiter und dritter Beratung befassen wir uns mit dem „Gesetz zur Erhöhung des Wohngeldes (Wohngeld-Plus-Gesetz)“. Mit dem Wohngeld-Plus-Gesetz soll die Berechnungsformel für das Wohngeld angepasst werden, so dass mehr Haushalte Wohngeld erhalten können. Darüber hinaus soll eine dauerhafte Heizkostenkomponente im Wohngeld verankert werden, um die höheren Energiepreise zu berücksichtigen.

### **Infektionsschutzgesetz (Triage)** (Regierungsentwurf)

Der Entwurf der Bundesregierung für ein „Zweites Gesetz zur Änderung des Infektionsschutzgesetzes (Triage)“ dient der Umsetzung des Beschlusses des Bundesverfassungsgerichts vom 16. Dezember 2021 (1 BvR 1541/20) zu Benachteiligungsrisiken von Menschen mit Behinderungen in der Triage. Mit dem Gesetz werden für die Zuteilungsentscheidung maßgebliche Kriterien und Verfahrensvorschriften geregelt. Wir sehen den Entwurf kritisch. Er bildet die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts nur unzureichend ab. So wird beispielsweise der Umgang mit Triagesituationen nur im Pandemiefall geregelt. Weitere mögliche Ursachen (z.B. Naturkatastrophen) werden nicht berücksichtigt. Zudem enthält der Entwurf zwar Vorgaben für eine Triage, Verstöße hiergegen sind jedoch nicht sanktionsbewehrt. Da im Vorfeld eine ausreichende Beteiligung der betroffenen Gruppen versäumt wurde, ist eine Unsicherheit für alle Beteiligten entstanden, die der Gesetzentwurf nicht aufzulösen vermag.

## **Teil 3: Termine aus der Bundes- und Europapolitik**

---

- 7. November: Unterzeichnung des Koalitionsvertrags in Niedersachsen
- 8. November: Kongresswahlen (Midterms) in den USA
- 8. November: Treffen der Finanz- und Wirtschaftsminister der EU
- 9. November: Jahrestag Mauerfall (1989) und Novemberpogrome (1933)
- 9. November: Koalitionsausschuss der Ampel
- 9. November: Geldpolitische Entscheidung der EZB
- 10. November: Gipfeltreffen der ASEAN-Staaten



11. November: Statistisches Bundesamt: Inflationsrate für Oktober 2022
13. November: Reise des Bundeskanzlers nach Vietnam
- 15./16. November: Herbsttagung des Bundeskriminalamtes in Wiesbaden
- 15./16. November: G20-Gipfel auf Bali
20. November: Beginn der Fußball-WM in Katar

\* \* \*